

## Offenbacher Provokation

---

Eine "Erosion der sozialen Sicherungssysteme" durch die "rückwärtsgewandte Verbeamtung" der städtischen Angestellten befürchteten zahlreiche Kritiker, wenn die Vorstellung des Offenbacher Oberbürgermeisters, auf diese Weise kommunale Haushaltsprobleme zu lösen, Schule macht. Bei einer Veranstaltung der Hans-Böckler-Stiftung und der ÖTV-Kreisverwaltung im Januar im Offenbacher Rathaus durchzog der Entsolidarisierungsvorwurf durch mögliche Nachahmer die Diskussion.

Wenn es nach dem Offenbacher Oberbürgermeister Gerhard Grandke geht, dann lassen sich die Haushaltsprobleme der Kommunen zumindest teilweise durch eine Verbeamtung der städtischen Angestellten lösen. Rund 1700 Mark pro verbeamteten Vollzeitbeschäftigten der Hoheits- und Leistungsverwaltung will das findige Stadtoberhaupt auf diese Weise monatlich einsparen. Denn für Beamte muß der städtische Arbeitgeber weder die Beiträge zur Sozialversicherung noch die zur Zusatzversorgungskasse zahlen. Außerdem spart er durch die gegenüber den Angestelltegehältern geringere Grundvergütung.

Was vor dem Hintergrund der Diskussion um die Reform des öffentlichen Dienstes wie ein Antagonismus wirkt, befindet sich in Offenbach inzwischen auf dem Verwaltungsweg. Etwas mehr als 200 Angestellte sind in das Verbeamtungsverfahren eingetreten, alle, dem Konzept gemäß, nicht älter als 45 Jahre. So fallen die von der Stadt zu zahlenden Pensionen frühestens in 15 Jahren an. Dafür wird allerdings Vorsorge durch einen Pensionsfonds getroffen, in den die Hälfte des Einsparungsvolumens fließen soll.

Die ungewöhnliche Offenbacher Initiative hat bundesweit für Schlagzeilen gesorgt und viele Kritiker auf den Plan gerufen. So befürchteten Vertreter der Sozialversicherungsträger und Zusatzversorgungskassen, der KGSt, des Deutschen Städtetages, der Gewerkschaft ÖTV sowie Experten aus der Wissenschaft vor allem, daß diese Strategie bei den finanziell bedrängten Kommunen Schule machen und zur weiteren Erosion der sozialen Sicherungssysteme beitragen könnte.

Der Berliner Politikwissenschaftler Prof. Peter Grottian sprach von einem "konservativen Privilegienmodell" und rechnete mit Blick auf mögliche Nachahmer vor, daß bei der Verbeamtung von nur zehn Prozent der Angestellten des öffentlichen Dienstes der Rentenversicherung 2,9 Milliarden Mark und der gesetzlichen Krankenversicherung 1,6 Milliarden Mark verlorengingen.

Den Nerv der Kontroverse zwischen OB Grandke und seinen Kritikern traf Elisabeth Vogelheim vom geschäftsführenden Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV. Sie stellte fest, daß "diese rückwärtsgewandte Verbeamtung als Baustein so gar nicht in das durchaus innovative Offenbacher Modell' der Verwaltungsmodernisierung paßt" und wertete das Ganze schlicht als "ein Zeichen der Hilflosigkeit gegenüber den kommunalen Haushaltsproblemen."

Der Oberbürgermeister stellte schließlich klar, daß es hier nicht um eine Strategie gehe, sondern nur "um einen Status und dessen ökonomischen Nutzen". Zu dieser Sanierungsmaßnahme sehe sich die Stadt aber "aus einer Notwehrsituation heraus" gezwungen. Den Vorwurf der Entsolidarisierung gab er an Bund und Länder weiter, "die sich zuerst entsolidarisieren und die sozialen Folgekosten des strukturellen Wandels auf die Kommunen abgeschoben haben."

Auch der Verwaltungswissenschaftler Prof. Christoph Reichard von der Universität Potsdam sprach vom " Hilferuf einer tief in der Finanzkrise steckenden Kommune, endlich den überfälligen Strukturwandel im Finanz- und Personalsystem der deutschen (Kommunal-) Verwaltung einzuleiten." Erstellte allerdings die von Grandke behauptete Kostengünstigkeit von Beamten in Frage und verwies auf wissenschaftliche Studien, nach denen Angestellte kostengünstiger sind.

Granke widersprach der Auffassung, daß das Berufsbeamtentum ungeeignet sei, einen zukunftsfähigen Mitarbeitertypus hervorzubringen. Er verwies auf seine Verwaltungspraxis, in der alle Modernisierungsmaßnahmen von den Beamten ebenso wie von den Angestellten getragen würden. "Die Organisation in sich beweglicher Einheiten hängt nicht vom Status der Mitarbeiter ab, sondern von deren innerer Einstellung", entgegnete Grandke.

Für einen pragmatischen Umgang mit der Verbeamtung hat sich die Offenbacher ÖTV entschieden und über Verhandlungen mit der Stadt für eine soziale Abfederung gesorgt. Ein " Spagat zwischen ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung gegenüber den sozialen Sicherungssystemen und ihrer Verantwortung hinsichtlich des Erhalts der Leistungsverwaltung unter öffentlicher politischer Kontrolle" war dafür nach den Worten ihrer Vertreterin Rosi Hauss allerdings nötig.

Auch am Ende der Diskussion blieb die Frage im Raum, ob die Offenbacher Verbeamtungsinitiative nun als Trittbrettfahrerei mit Nachahmungssignal zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme oder als Notwehrreaktion und legitimer Weg einer Kommune aus der Finanzmisere zu betrachten ist. Die Wahrheit liegt sicher wie so oft irgendwo dazwischen.

*Renate Hebauf*

---

Aus: *Mitbestimmung 4/99 S.62*

---

-- [Anfang des Artikels](#) --- [Inhaltsverzeichnis](#) -- [Archiv des Pressespiegels](#) --

---